

15.44

Bundesrat Mag. Michael Lindner (SPÖ, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Werte KollegInnen und ZuseherInnen! Mit diesem Gedenkstättengesetz schaffen wir eine gemeinnützige Bundesanstalt, die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Das erscheint jetzt vordergründig als etwas Organisatorisches, in Wirklichkeit legen wir aber damit ein klares Bekenntnis zu unserer antifaschistischen Erklärungs- und Erinnerungsarbeit ab. Wir übernehmen politische und auch finanzielle Verantwortung für die Erinnerungsarbeit in Mauthausen und all seinen Außen- und Nebenlagern in ganz Österreich.

Lassen Sie mich aber auch noch einen kurzen Blick in die Geschichte der Gedenkstätte werfen: Nach der Befreiung vom Faschismus nutzte ursprünglich die US-Armee das Lagerareal zur Versorgung befreiter KZ-Häftlinge ebenso wie als vorläufiges Gefängnis für SS-Angehörige. Nachdem das Mühlviertel dann der sowjetischen Besatzungszone zugeteilt worden war, wurde das Lager – bevor es leer stand – von der Sowjetarmee kurz als Kaserne genützt.

Am 20. Juni 1947 übergab die sowjetische Besatzungsmacht das ehemalige KZ mit dem klaren Auftrag, eine würdige Gedenkstätte zu errichten, an die Republik Österreich. Im Frühjahr 1949 eröffnete man die Gedenkstätte erstmals als Öffentliches Denkmal Mauthausen, und über die Jahrzehnte entwickelte sich die Gedenkstätte zur zentralen Stätte für unsere Erinnerungskultur in Österreich.

Als Mühlviertler bin ich hautnah mit der geschichtlichen Verantwortung unserer Region groß geworden. Nicht nur die sogenannte Mühlviertler Hasenjagd hat gezeigt, dass es auch außerhalb der Lager sehr viele MittäterInnen in der Region gegeben hat. Es gab aber auch viele helfende Hände, die den Verfolgten Unterschlupf gaben.

Mir haben die Besuche in Mauthausen, aber auch in Auschwitz-Birkenau dabei geholfen, mir selbst diese unvorstellbare Gewalt oder eigentlich diesen industriellen Massenmord, diese unwirklichen Zahlen, die schon genannt wurden, begreifbar beziehungsweise – eigentlich besser – erfassbar zu machen, denn begreifen wird man diesen Wahnsinn niemals können.

Gleichzeitig darf aus meiner Sicht aber Erinnerungsarbeit nicht beim Schaffen von Betroffenheit stehen bleiben, es dürfen keine rein dunklen Orte sein, die uns niederschlagen. Bei mir persönlich war das überhaupt erst der Grund dafür, politisch aktiv zu werden, um eben solche Zeiten zu verhindern. Die zunehmende rechtsextreme Gewalt in Europa zeigt ja, dass das immer notwendiger wird.

Ich habe gemeinsam mit vielen anderen oberösterreichischen Jugendorganisationen im Rahmen der Befreiungsfeiern einen Jugendgedenkmarsch organisiert. Mehrere Hundert junge Menschen haben jedes Jahr gezeigt, dass für sie Gewalt, Ausgrenzung und Rassismus keine Optionen sind. Es waren an diesen Tagen die Tränen in den Augen der Überlebenden, als sie uns Junge gesehen haben, die mich tief beeindruckt und bewegt haben. Wir haben ihnen vielleicht etwas zurückgeben können, nämlich die Überzeugung, dass es genau diese aktive Erinnerungsarbeit braucht, damit ihr Schicksal nicht vergessen wird.

An dieser Stelle muss man auch Danke sagen: den vielen Menschen, die seit Jahrzehnten diese Erinnerungsarbeit leisten, dem Mauthausen Komitee, den vielen VermittlerInnen und BegleiterInnen, den vielen ZeitzeugInnen, den Opfernverbänden und jenen, die den Gedenkdienst leisten. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Mit der Einrichtung dieser Bundesanstalt schaffen wir erstmals eine gesetzliche Grundlage mit einer aus meiner Sicht professionellen Struktur in einer gemeinnützigen Bundesanstalt – das bringt mehr organisatorischen und finanziellen Spielraum, Bewegungsspielraum für die Gedenkstätte –, mit einem Kuratorium, wie wir schon gehört haben, einem wissenschaftlichen Beirat und auch mit einem Internationalen Beirat.

Ich glaube, es darf hier nicht um vergleichsweise kleinliche Diskussionen gehen, ob nun eine Stiftung besser wäre oder Gremien anders organisiert werden sollten. Manche meinen, Gusen sollte im Namen erwähnt werden. Das Internationale Mauthausen Komitee hat festgelegt, dass alle Nebenlager von Mauthausen gleichberechtigt sein sollen, und sich deswegen dazu entschieden, nur Mauthausen in den Namen aufzunehmen. Andere meinen, es sei ein Proporzsystem und die Ministerien haben zu viel Mitsprachemöglichkeit.

Ich persönlich glaube, es ist unschätzbar, dass die Politik ihre Verantwortung gesetzlich verankert und auch wahrnehmen muss. Mir ist viel wichtiger, welchen inhaltlichen Stellenwert die Gedenkarbeit für uns in Österreich hat, wie sich diese Erinnerungsarbeit als Auftrag für die Zukunft weiterentwickeln kann und muss. Da ist es mir als Mühlviertler wichtig, zu betonen, dass diese Gedenkstätte aus meiner Sicht noch viel stärker mit der Region vernetzt werden muss. Die drei Gemeinden Mauthausen, Langenstein und St. Georgen an der Gusen haben sich jüngst zu einer Bewusstseinsregion zusammengeschlossen: ein Gemeindeverband, nach eigener Beschreibung ein Projekt, das – Zitat – „den Wunsch nach einem zukunftsorientierten und Nutzen stiftenden Umgang mit der belastenden Vergangenheit“ aufgreift.

In einer Region gibt es natürlich immer zwei Seiten: jene, die das nicht mehr hören können, und jene, die sich dem bewusst stellen wollen. Ich glaube, es ist für das zukünftige Projekt der Gedenkstätte inhaltlich wichtig, dass man diese regionalen Initiativen noch viel stärker mitnimmt und unterstützt, denn diese Gedenkstätte ist aus meiner Sicht ein Auftrag für die Zukunft.

Damit wir alle mitnehmen können, müssen wir gemeinsam ableiten, was diese Gedenkarbeit für uns heute bedeutet. Wie schaffen wir es genau jetzt, dass sich der offene Hass in den sozialen Medien und auf der Straße nicht weiter radikalisiert? Wie schaffen wir es, dass Religionsgemeinschaften nicht per se denunziert werden? Wie schaffen wir es, das allgemeine Misstrauen, das sich so langsam immer weiter ausbreitet, wieder in Hoffnung und Solidarität umzumünzen? – Das sind Zukunftsaufgaben, die sich nicht nur an uns, an die jüngere Generation richten können, sondern an alle gemeinsam.

Unser neuer Bundesratspräsident hat es heute Morgen folgendermaßen auf den Punkt gebracht: dass es eben nicht nur Gesetze und Verbote sind, die alles regeln können, sondern dass es eine gemeinsame Zivilcourage braucht und dass wir als gewählte VolksvertreterInnen die ersten Vorbilder sein müssen. Heinz Fischer hat es vergangenen Freitag so schön auf den Punkt gebracht: Der Gewalt in den Köpfen folgt die Gewalt in den Worten und den Taten.

Hinsichtlich der Geschichte der Ersten Republik kann niemand im Nachhinein sagen, wann denn dieser eine Punkt war, wo alles so eskaliert ist. Es war in Wirklichkeit ein schleichender Prozess. In diesem Sinne: Wehren wir den Anfängen! Dazu wird diese Gedenkstätte einen sehr guten Beitrag leisten. – Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

15.51

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Als Nächste zu Wort gelangt Frau Bundesrätin Mag. Gruber-Pruner. – Bitte, Frau Bundesrätin.